

Freising, den 24.08.2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur aktuellen Diskussion um die Rente mit 67 und die derzeitigen Reformüberlegungen in der SPD möchte der SPD-Kreisverband Freising wie folgt Stellung nehmen:

Die Alterssicherung lässt kaum einen Menschen emotional unberührt – umso wichtiger ist es, die Fakten zu kennen, um Lösungen entwickeln zu können, die den Menschen in Deutschland weiterhelfen.

In den vergangenen 50 Jahren ist die Lebenserwartung deutlich gestiegen, hat sich die Rentenbezugsdauer erheblich verlängert und tragen im Verhältnis immer weniger Erwerbstätige die Renten von immer mehr Rentnern. Gleichzeitig ist der Beitrag zur Rentenversicherung merklich gestiegen und mittlerweile schießt der Bund jedes Jahr fast 80 Milliarden Euro aus Steuermitteln zu, der weitaus größte Einzelposten im Bundeshaushalt mit ebenfalls steigender Tendenz.

Die Entwicklungen der vergangenen 50 Jahre werden sich aller Voraussicht in den kommenden Jahrzehnten fortsetzen, und um das Jahr 2030 herum werden die letzten geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen und dann nicht mehr Beiträge und Steuern zahlen, sondern Leistungen empfangen.

Wer angesichts dieser Faktenlage erklärt, alles wäre gut, wenn man einfach bei den alten Regelungen geblieben wäre oder dorthin zurückkehrte, der verweigert sich der Lebenswirklichkeit und schürt Ängste, um sich die Zustimmung der verunsicherten Menschen zu erschleichen.

Wer die Rente mit 67 ohne Anpassungen und Feinjustierungen durchsetzen will, verweigert sich ebenfalls der Lebenswirklichkeit und ist ein hartherziger Sturschädel.

Zur Versachlichung der Debatte ist Folgendes wichtig:

1.) Die Rente mit 67 wird in einem Prozess eingeführt, der 2012 beginnen soll und sich über 17 Jahre strecken wird. Niemand wird schon 2012 bis 67 arbeiten müssen.

2.) Wer mindestens 45 Jahre Pflichtbeiträge entrichtet hat (dazu zählen auch Zeiten der Pflege von Angehörigen und der Kindererziehung), kann weiterhin mit 65 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen.

3.) Natürlich besteht die Gefahr, dass das hinausgeschobene Renteneintrittsalter faktisch zu Rentenkürzungen führt, wenn man nicht bis 67 arbeiten kann. Darum ist es so wichtig, dass Gesetzgeber, Arbeitgeber und Gewerkschaften intensiv daran arbeiten, dass der Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz vorangetrieben wird, dass der Stress am Arbeitsplatz abgebaut wird, dass für bestimmte Berufsgruppen, deren Arbeit besonders hart ist (z.B. Arbeit am Bau, Krankenschwestern), Sonderregelungen überlegt werden und dass ältere Beschäftigte deutlich bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten.

Und in genau diese sachlich gebotene Richtung weisen die derzeitigen Reformüberlegungen der SPD!

Mit freundlichen Grüßen,

